

Impulse #34

für eine lebendige Demokratie

Themen: Rechtsextremismus und Medien

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Vereins!

Schaut man auf die Entwicklung des Rechtsextremismus im Jahr 2011 zurück, so war dies eines der ereignisreichsten Jahre seit der Gründung des Vereins. So verpasste die NPD nur um wenige tausend Stimmen den Einzug in den Landestag. Zudem zeugten große Rechtsrockkonzerte ebenso wie neonazistische Aufmärsche von der ungebrochenen Attraktivität rechter Jugendkulturen. Obwohl wir seit Jahren vor der tödlichen Dimension rechter Gewalt warnen, waren auch wir vom Ausmaß der rechtsextremen Mordserie des selbsternannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ überrascht. Die Enthüllungen über die rassistischen Gewalttaten zeichnen eine Geschichte von personellen Kontinuitäten und dem Vermögen der Naziszene zur strukturellen Reorganisation. Sie zeichnen aber auch eine Geschichte mangelnder politischer Sensibilität und öffentlicher Verharmlosung rechter Gewalttaten. *Miteinander e.V.* verweist, wie anderen Fachträger, in seiner Arbeit genau auf diese Bedingtheit von rechter Organisation, von Alltagsrassismus und gesellschaftlichem Klima. In unseren Projekten erleben wir in ihren unterschiedlichen Bezügen, wie verzahnt und dynamisch rechte Subkulturen in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein wirken.

So stehen die drei vermutlichen Täter_innen nur beispielhaft für eine bundesweit vernetzte Szene militanter Neonazis, die auch in Sachsen-Anhalt aktiv ist. Daher sollte sich der Blick auf die Ereignisse nicht allein auf die Mordserie verengen. Vielmehr ist zu fragen, welche gesellschaftlichen Voraussetzungen es möglich machten, dass Menschen in die Illegalität gehen um von dort den bewaffneten Kampf gegen Demokratie und Menschenrechte zu führen. So berichten wir auf den Seiten 4–5 von einer Publikation über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den ersten Jahren des wiedervereinigten Deutschlands. Auf Seite 7 informieren wir über antisemitische Einstellungen in der Bundes-

republik. Außerdem dokumentieren wir auf den Seiten 2–3 einen Aufruf Mobiler Beratungsteams und Opferberatungsstellen, der Konsequenzen für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus skizziert. Der Aufruf fordert die Abkehr von einer reinen sicherheitspolitischen Debatte und fordert eine neue Demokratieoffensive. Zu dieser gehört auch die dauerhafte Förderung und langfristige Planungssicherheit für Projekte gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische Alltagskultur.

Nach Bekanntwerden der rechten Terrorserie hob eine zwei Wochen andauernde mediale Debatte über die den notwendigen Umgang mit rechter Gewalt und rechtsterroristischen Strukturen an, die sich schnell zu einem sicherheitspolitischen Diskurs entwickelte. Dass die öffentliche Aufarbeitung des Themas medialen und politischen Konjunkturen unterworfen ist, verdeutlichen die Artikel zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe unseres Newsletters „Rechtsextremismus und Medien“. So finden Sie auf Seite 6 einen Kommentar zum Verlauf der öffentlichen Debatte über den „Rechtsterrorismus“. Wir beleuchten aber auch Medienformate des Rechtsextremismus wie die Website „Altermedia“ (S. 10–11) und das Programm des Kopp Verlags (S. 14). Wir hoffen, dass diese Auswahl bei Ihnen auf Interesse stößt und wünschen wir Ihnen eine spannende Lektüre.

Wir bedanken uns bei allen Mitstreiter_innen und Kooperationspartner_innen für die Unterstützung unserer Arbeit 2011. Wir wünschen Ihnen eine erholsame Weihnachtszeit und ein erfolgreiches neues Jahr!

Ihr Pascal Begrich und das Team
von Miteinander e.V.

Seite 2

Appell gegen Rechtsextremismus und Rassismus: „Was jetzt zu tun ist!“

Seite 4

*Leerstellen der Wendezeit
Das Buch „Kaltland“ wirft einen anderen Blick auf die Anfangsjahre der neuen Republik*

Seite 6

*Politisch abmoderiert
Die Debatte um die Dimensionen des Rechtsextremismus war beendet, bevor sie begann.*

Seite 7

*Alltagsantisemitismus
Unabhängiger Expertenkreis legt im Auftrag des Bundestags Studie vor*

Seite 8

„Es fehlt an einer regionalen Öffentlichkeit.“ Interview mit Swantje Tobiassen von der Amadeu Antonio Stiftung

Seite 10

Mehr als ein Pressespiegel aus rechtsextremer Sicht Die Internetplattform Altermedia spielt eine große Rolle im Netz der „Freien Kräfte“

Seite 12

*Computer, Foto, Kamera & Co.
Der Einsatz von Medien in der Jugendbildungsarbeit*

Seite 14

*Das Beispiel Kopp Verlag
Ein Medienunternehmen am rechten Rand*

Seite 15

Frei sein Eine neue Dokumentation von Miteinander e. V.

Appell gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Was jetzt zu tun ist

Kurz nach dem Bekanntwerden der neonazistischen Terroranschläge durch den sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), traten Mobile Beratungsteams und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt mit einem „Appell gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ an die Öffentlichkeit. Dieser fordert ein Umdenken in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und Demokratiefeindlichkeit. Zu den Erstunterzeichnenden gehört auch *Miteinander e. V.* Wir dokumentieren den Appell leicht gekürzt.

Mobile Beratungsteams und Opferberatungsprojekte beraten und begleiten Opfer rechter Gewalt, Kommunen und Zivilgesellschaft. Auch wenn wir seit Jahren vor der Gewalt von Neonazisten und rassistischen Gelegenheitstätern warnen, sind wir geschockt von dem Ausmaß an Ignoranz und Verharmlosung staatlicher Stellen angesichts der rassistischen Mordserie. Wir verlangen jetzt eine Zäsur im Umgang mit den extremen Rechten.

1. Eingreifen und einmischen statt wegsehen
Jeden Tag ereignen sich in Deutschland mindestens zwei bis drei rechte und rassistische Gewalttaten. Die TäterInnen sprechen vor allem denjenigen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben ab, die als Minderheiten ohnehin schon gesellschaftlich diskriminiert werden. Das zu ändern und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, können wir nicht an den Staat delegieren: [...] jede und jeder kann jetzt praktische Solidarität zeigen.[...]

2. Mehr Demokratie statt mehr Verfassungsschutz
Polizei, Justiz und Geheimdienste spiegeln gesellschaftliche Verhältnisse wider. In einem Land, in dem regelmäßig ein Drittel erklärt, Deutschland sei „im gefährlichen Maße überfremdet“, ist es keine Ausnahme, dass Sonderkommissionen „Aladin“ oder „Bosporus“ genannt und Opfer rassistischer Gewalt unter Generalverdacht gestellt werden. Schon die Bezeichnung „Döner-Morde“ ist rassistisch und entwürdigend. Nationale Terrorabwehrzentren und neue Gesamtdaten von Polizei und Geheimdiensten werden daran nichts ändern. Ein erster Schritt wäre eine klare Abkehr von den Feindbildern der

„Linksextremisten“, „Muslime“ und „Fremden“. Der Rassismus der Mitte muss als Problem erkannt werden.

3. Zivilgesellschaftliche Expertisen anerkennen und nutzen
Der derzeitige Schock der politisch Verantwortlichen über den Terror des NSU lässt sich nur damit erklären, dass sie die öffentlich zugänglichen Informationen und Analysen der zivilgesellschaftlichen Aktiven gegen Rechts und Rassismus – Antifagruppen, Bündnisse und Beratungsprojekte – offenbar komplett ignoriert und stattdessen nur auf die Geheimdienste gehört haben. [...] Künftig muss der Erfahrungsschatz der zivilgesellschaftlichen ExpertInnen angemessenes Gehör finden.

4. Staatliche Alimentierung der Neonazis beenden, V-Leute abschaffen
V-Leute sind vom Staat bezahlte Neonazisten, die Steuergelder dazu verwenden, um Neonazistrukturen auszubauen und zu stabilisieren sowie staatliche Stellen allenfalls mit fragwürdigen Informationen zu versorgen. In der Geschichte der deutschen Neonazibewegung waren immer wieder V-Männer und -Frauen in tödliche Attentate (Wehrsportgruppe Hoffmann) und Brandanschläge (Solingen) involviert, haben die Produktion und den Vertrieb neonazistischer Hassmusik organisiert (Brandenburg und Sachsen), NPD-Landesverbände am Laufen gehalten (Nordrhein-Westfalen), mit Steuergeldern militante Neonazistrukturen wie den Thüringer Heimatschutz und Blood & Honour aufgebaut und ein NPD-Verbot im Jahr 2003 verhindert.

5. Lückenlose Aufklärung und Konsequenzen auf allen Ebenen
Alle Daten und Informationen, die notwendig gewesen wären, um mit polizeilichen und rechtsstaatlichen Mitteln schon 1998 – vor Beginn der rassistischen Mordserie – gegen den Kern des NSU vorzugehen, lagen den Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten gleichermaßen vor. Doch diese Informationen wurden mit einer Mischung aus Verharmlosung, Entpolitisierung und Inkompetenz von Polizei, Justiz und Geheimdiensten ignoriert, wie sie bei rechter Gewalt immer wieder zu beobachten war und ist. Wer jetzt Aufklärung verspricht, muss überall dort,

wo Versagen offenkundig geworden ist, auch personelle Konsequenzen ziehen, egal ob in Innenministerien, Geheimdiensten oder Strafverfolgungsbehörden. [...]

6. Nebelkerze NPD-Verbot ad Acta legen
Die zum x-ten Mal geführte Debatte über ein NPD-Verbot verstellt den Blick auf das schockierende Ausmaß staatlicher Verharmlosung der extremen Rechten und gesamtgesellschaftlichen Rassismus. Effektiver als jede reflexartige Debatte wäre ein geschlossenes Vorgehen aller demokratischen Parteien dort, wo sie mit der NPD konfrontiert sind. Die NPD und die extreme Rechte sind überall dort stark, wo demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft ihnen nicht ge- und entschlossen entgegen treten. [...]

7. Engagement gegen Rechts braucht Anerkennung und Unterstützung statt Diffamierung und Kriminalisierung
Bei den Protesten gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden im Februar 2011 wurden Hunderttausende Telefonate abgehört, [...]. Anstatt Antifa-Gruppen, GewerkschafterInnen, Bündnisse gegen Rechts, KommunalpolitikerInnen und andere zu diffamieren und zu kriminalisieren, müssen sie Anerkennung, Unterstützung und Ermutigung durch politisch Verantwortliche aller Parteien erfahren. Wer Misstrauen gegen engagierte BürgerInnen sät, wird mehr rechte und rassistische Gewalt ernten. Und wer militante Kameradschaften schwächen will, muss alternative, nicht-rechte Jugendkulturen fördern.

8. „Extremismusklausel“ abschaffen
Die Bundesregierung zwingt die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zur Unterschrift unter eine sogenannte Demokratieerklärung, mit der sich die Projekte verpflichten sollen, ihre PartnerInnen auf Verfassungstreue zu prüfen und sie zu bespitzeln. Als Grundlage für die Einschätzung der Verfassungstreue von KooperationspartnerInnen sollen ausgerechnet die Berichte des Verfassungsschutzes dienen. Die rassistischen Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft bleiben dabei außen vor. Die zivilgesellschaftliche Arbeit wird seit Jahren beeinträchtigt durch die historisch falsche, wissenschaftlich unsinnige und politisch gefährliche „Extremismustheorie“, die Rechts-

extremismus und Linksextremismus und damit auch Faschismus und Antifaschismus gleichsetzt.

9. Langfristige Planungssicherheit für Projekte gegen Rechtsextremismus und Ausweitung der bewährten Beratungsprojekte in den alten Bundesländern
Die Arbeit gegen die extreme Rechte braucht einen langen Atem, ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe und kein Strohfeuer und muss entsprechend dauerhaft gefördert werden. Außerdem sind rechte Gewalt und extrem rechte Aktivitäten keine Ostprobleme. Die Mehrheit der NSU-Morde ereignete sich in den alten Bundesländern – in Regionen, in denen seit Langem militante Neonazistrukturen aktiv sind. Die Beratungsprojekte in den neuen Bundesländern und Berlin arbeiten seit nunmehr über zehn Jahren erfolgreich und unabhängig, dennoch wurden ihnen wiederholt die Mittel gekürzt.

Die Mobilien Beratungsteams sind AnsprechpartnerInnen für KommunalpolitikerInnen und Zivilgesellschaft; die Beratungsprojekte für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen und begleiten Betroffene, Zeuginnen und Angehörige bei der Bewältigung der Tatfolgen. Diese Projekte sind derzeit mit zum Teil massiven Mittelkürzungen konfrontiert. In den alten Bundesländern sind sie komplett unterfinanziert oder existieren aus Mangel an Fördergeldern erst gar nicht[...]

10. Rassismus endlich beim Namen nennen
Es ist unbegreiflich, dass im Zusammenhang mit den NSU-Morden von „Fremdenfeindlichkeit“ die Rede ist. Die Ermordeten waren mitnichten „Fremde“, „Türken“ oder „Griechen“, sondern repräsentieren die Mitte unserer Gesellschaft. [...] Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben und gleich geschützt werden – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status und allen anderen „Merkmalen“.

Der Aufruf kann unter <http://demokratiebrauchtuns.de> unterschrieben werden.

Leerstellen der Wendezeit

Das Buch „Kaltland“ wirft einen anderen Blick auf die Anfangsjahre der neuen Republik

Die Wendezeit ist in der Öffentlichkeit weitgehend positiv besetzt. Schlagworte wie „Friedliche Revolution“ oder „Wiedervereinigung“ bestimmen die Debatte und sollen eine Wende hin zum Guten beschreiben. Alternative Perspektiven auf die neue Republik zeichnen ein anderes Bild: Sie sind gekennzeichnet von der Welle rassistischer Gewalt Anfang der 1990er Jahre. Diese Perspektiven will der kürzlich erschienene Sammelband „Kaltland“⁽¹⁾ aufzeigen, um Ereignisse wie „Hoyerswerda“ oder „Rostock-Lichtenhagen“ begreifbarer zu machen.

Hoyerswerda war vor 20 Jahren Schauplatz rassistischer Ausschreitungen. Über mehrere Tage hinweg griffen Neonazis die Wohnheime von Vertragsarbeiter_innen und Asylsuchenden an. Die Attacken fanden Zustimmung bei der Bevölkerung. Teils klatschten Hunderte Schaulustige Beifall, teils beteiligten sie sich sogar. Die Polizei konnte die Situation nicht unter Kontrolle bringen. Letztlich siegte die Gewalt des Mobs: Hoyerswerda wurde „ausländerfrei“.⁽²⁾

Momentaufnahmen aus Hoyerswerda

Die Bilder der Fernsehberichte und Dokumentarfilme haben sich im Gedächtnis festgesetzt: Busse verlassen die Stadt. Darin 300 Menschen, die nicht erst seit den Ausschreitungen Anfeindungen und Angriffe ertragen mussten. Man sieht die eingeworfenen Seitenscheiben der Fahrzeuge, kann das Geräusch von zerbrechendem Glas hören. Im Ohr ist auch das Johlen der Menschenmenge, die ihre erfolgreiche Jagd feiert. Schnitt. Mit dem Gestus der Einsicht in die Notwendigkeit erklärt ein Junge im Streifenpulli, der gerade dem Dreikäsehochalter entsprungen scheint: „Wenn’s nicht mit politischen Mitteln geht, dann muss es halt mit Gewalt gehen.“⁽³⁾ Schnitt. Ein Lockenkopf mit Schnauzer ergänzt: „Der Staat und alles kann reden, aber’s dauert ewig. Aber wenn’s mit Gewalt ufftreten, dann geht’s innerhalb von een, zwee Wochen!“⁽⁴⁾

„Hoyerswerda“ gilt als Auftakt einer Welle von Gewalt gegenüber „Fremden“ im – noch vom

Jubel über die Vereinigung benommenen – Deutschland. Es folgten Brandanschläge in weiteren Städten und das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen. Die Statistik zählt für die ersten Jahre der neuen Republik 52 Todesopfer rechter Gewalt.⁽⁵⁾

Deutsche Einheit wirkte wie ein Katalysator

Das alles kam nicht plötzlich von irgendwo her. Ursache der Gewalt war nicht der Frust der Ostdeutschen über die ausbleibende Blüte der Landschaften oder ihre Indoktrination durch westdeutsche Neonazikader, wie gängige Erklärungen behaupten. Die wehende Reichskriegsflagge im Meer von Schwarz-Rot-Gold während der Einheitsfeierlichkeiten am 3. Oktober 1990 vor dem Reichstagsgebäude war kein Ausrutscher, sondern Symbol der allgemeinen Gleichgültigkeit gegenüber menschenverachtenden, demokratieneindlichen Einstellungen in der so genannten Mitte der Gesellschaften in Ost und West.

Während der bundesrepublikanische Elitendiskurs in den 1980er Jahren Auschwitz als Reaktion auf den Gulag umdeuten wollte und so die nationalistischen Gefühle in der Bevölkerung bestärkte, gab es im anderen deutschen Staat offiziell nie ein Problem mit rechter Gesinnung. Das Phänomen „Skinhead“ konnte man sich hier nicht erklären und tat es als „Rowdytum“ ab, bis es immer deutlicher hervortrat und auch das Ausland aufmerksam wurde. Exemplarisch wurden hohe Strafen für überführte Täter_innen⁽⁶⁾ verhängt, doch die neonazistische Jugendkultur konnte sich weiter ausbreiten, eben weil der starre Faschismusbegriff die Auseinandersetzung auf der Ursachenebene mit bestimmten Einstellungspotenzialen verhinderte.

Die deutsche Einheit wirkte wie ein Katalysator. Auf die Selbstbestimmung einfordernde Parole „Wir sind das Volk“ folgte mit „Wir sind ein Volk“ der Verweis auf die vermeintliche oder tatsächliche gemeinsame Abstammung. Diese begriffliche Bestimmung von „Volk“ machte klar, wer nicht dazugehörte. Und unter denjenigen, die

qua Blutsrecht die Formalia erfüllten, dominierte nicht mehr der Ruf nach Demokratie und Menschenrechten, sondern der nach der deutschen Nation.

Die Montagsdemos veränderten ihren Charakter, je deutlicher desto näher die erste freie Volkskammerwahl rückte, und so wie die Reichskriegsflagge im schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer wehte, bewegten sich gesellschaftliche „Mitte“ und Neonazis in friedlicher Koexistenz unter dem integrativen Dach des neuen deutschen Gefühls. Jutta Dittfurth berichtete von der vorletzten Montagsdemo in Leipzig über das Nebeneinander von Naziplakaten und Wahlkampfreden demokratischer Parteien: „An diesem Abend des 5. März 1990 geht, sichtbar wie selten, ein Stück demokratischer Raum verloren.“⁽⁷⁾

Unvermittelte und unverstandene Bilder

Die Pogrome bildeten nur den Höhepunkt der Angriffe auf Menschen, die nicht als „deutsch“ galten, weil sie keinen entsprechenden Pass hatten oder einfach nicht passend aussahen. Aber auch andere marginalisierte Gruppen erfüllten nicht alle Anforderungen, die die Mehrheitsgesellschaft an sie stellte. Hierzu gehörten unter anderem Homosexuelle, Behinderte, Punker und alternative Jugendliche. Ihre Perspektiven werden bislang kaum wahrgenommen; es besteht eine Leerstelle im kollektiven Gedächtnis.

Wenn wir „Hoyerswerda“ hören, haben wir die eingangs beschriebenen Bilder vor Augen. Vielen fällt vielleicht auch noch etwas zu den Lichterketten ein, die 1992 ein Zeichen gegen Gewalt setzen sollten. Diese Momente stehen aber unvermittelt und unverstanden nebeneinander. Rechte Ressentiments passen nicht in die medial dominierende Erfolgserzählung von der „friedlichen Revolution“, die da geht: Montagsdemos, Schabowskis Zettel, Mauerfall, Wir-sind-ein-Volk, Wiedervereinigung, Deutschland!

Die erzählerische Leerstelle der Wendezeit wird vor allem deutlich, wenn man sich die umfangreiche Literatur anschaut. Die Herausgeber_innen von „Kaltland“ bemängeln, dass sich zwar mit dem Wenderoman ein eigenes Genre etabliert hat, es jedoch darauf verzichtet, den Opfern eine Stimme zu geben oder den Täter_innen eine besondere Rolle zukommen zu lassen. Der Band versammelt 42 Texte, die diesen Zustand ändern wollen.

Angelika Ngyen beschreibt in ihrem Beitrag „Mutter, wie weit ist Vietnam?“ die Gefühle eines deutschen Kindes mit vietnamesischem Vater. Über den Widerspruch von politischer Vietnam-solidarität und realem Rassismus in der DDR schreibt sie: „Während mein Vater in Hanoi stationiert war, kämpfte ich im befreundeten Bruderland an zwei Fronten: gegen die Kinder, die mich quälten, und gegen die Plakate, Parolen und Lieder, die ein Mitgefühl bezeugten, dem ich in meinem Alltag selten begegnet war.“⁽⁸⁾

Finger in die Wunde legen

Das Aufzeigen solcher Perspektiven ist bitter nötig und doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Schauen wir 20 Jahre nach dem Pogrom wieder nach Hoyerswerda, offenbart sich eine Mischung aus Aggressivität und Ignoranz, die für Menschen mit der „falschen“ Hautfarbe oder der „falschen“ politischen Einstellung gefährlich ist. Manuel N., Imanuel A. und Emanuel G. – drei der Vertriebenen von 1991 – begaben sich kurz vor dem traurigen Jubiläum mit einem Kameratimeam des WDR auf die Reise nach Hoyerswerda und wurden dort erneut rassistisch angepöbelt.⁽⁹⁾ Das Kameratimeam habe „gewisse Dinge auch bewusst provoziert“,⁽¹⁰⁾ erklärte Oberbürgermeister Stefan Skora dazu.

Am 17. September 2011 wurde eine Schweigeminute der „Initiative Pogrom 91“ für die Opfer der Ausschreitungen durch Neonazis gestört.⁽¹¹⁾ Auch dieses Ereignis relativierte der Oberbürgermeister mit der Feststellung, „dass dort zwei verschiedene Ansichten aufeinanderprallen, einmal von links und einmal von rechts“.⁽¹²⁾ Eine von der Stadt organisierte Gedenkveranstaltung sei nicht gestört worden. Dies sei der Beweis für den provozierenden Charakter der Initiative – für andere dagegen ist es ein Zeichen dafür, wer in Hoyerswerda wirklich den Finger in die Wunde legt.

Die „Entdeckung“, wonach es in Deutschland tatsächlich gewalttätige Neonazis gibt, versetzt die Öffentlichkeit aktuell in besorgtes Staunen. Wirklich überrascht sein kann aber nur, wer sich den Aspekten der jüngsten deutschen Geschichte – so wie sie in Büchern wie „Kaltland“ dargestellt werden – verweigert. Alle anderen staunen etwas weniger und begreifen ein bisschen mehr. (mib)

(7) Dittfurth, Jutta: Letzte Montage, in: Krampitz, Karsten/Liske, Markus/Präkels, Manja (Hrsg.): Kaltland. Eine Sammlung, Berlin 2011, S.23-30, hier: S.28.

(8) Nguyen, Angelika: Mutter, wie weit ist Vietnam? In: Krampitz/Liske/Präkels: Kaltland, S.66-70, hier: S.67.

(9) Vgl. 20 Jahre nach Hoyerswerda. Was hat sich seitdem verändert?, Deutschland 2011, Westdeutscher Rundfunk.

(10) Ebd.

(11) Vgl. „Initiative Pogrom 91“: Errichtung von Denkmal und Schweigeminute von Nazi-Parolen gestört – 300 bei Demonstration der Initiative „Pogrom 91“, Pressemitteilung vom 17.9.11, im Internet unter: <http://pogrom91.tumblr.com/PM4>, zuletzt eingesehen am 20.10.11.

(12) Stefan Skora im Gespräch, a.a.O.

Weiterführende Informationen:

Homepage der „Initiative Pogrom 91“ mit vielen Dokumenten und Hintergrundinfos zu den Ereignissen in Hoyerswerda 1991 und 2011: <http://pogrom91.tumblr.com/>

Antifaschistisches Infoblatt Schwerpunktausgabe: „Hoyerswerda – Ein Pogrom und seine Folgen“: Antifaschistisches Infoblatt, 2011, Heft 92

(1) Vgl. Krampitz, Karsten/Liske, Markus/Präkels, Manja (Hrsg.): Kaltland. Eine Sammlung, Berlin 2011.

(2) „Ausländerfrei“ war 1991 das erste Unwort des Jahres der Gesellschaft für deutsche Sprache und bezog sich auf die Selbstauflösung der Täter von Hoyerswerda, die Stadt „ausländerfrei“ machen zu wollen. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Ausländerfrei>, zuletzt eingesehen am 19.10.11.

(3) „Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf“, Teil 1: Täter, Deutschland 2001, Regie: Jan Peter, Yury Winterberg, Rainer Fromm.

(4) Ebd.

(5) Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum von 1990 bis 1993 und wurden von mehreren Opferberatungsstellen, Medien und Einzelpersonen recherchiert. Im Internet unter <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/todesopfer-rechter-gewalt>, zuletzt eingesehen am 24.10.11.

(6) z.B. nach der Friedhofsschändung in Berlin-Prenzlauer Berg. Vgl. dazu auch: Leo, Annette: Umgestoßen – Provokation auf dem jüdischen Friedhof in Berlin Prenzlauer Berg 1988, Berlin 2005.



Politisch abmoderiert

Die Debatte um die Dimensionen des Rechtsextremismus war beendet, bevor sie begann.

Nach der Entdeckung der so genannten Zwickauer Terrorzelle wird erneut in Politik und Medien heftig über Rechtsextremismus diskutiert. Die Diskussion verläuft angesichts der Dimension tödlicher rechter Gewalt allerdings ziemlich routiniert. NPD-Verbot? Wiedervorlage. Vorratsdatenspeicherung? Ein aufgehübschter Ladenhüter. Die Kritik an der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes gerät zur Vorlage der strukturellen Stärkung des Geheimdienstes. Und das, obwohl einige engagierte Journalist_innen innerhalb von zehn Tagen mehr Licht ins Dunkel der Mordtaten gebracht haben, als alle jahrelangen Ermittlungen zuvor. Der gesellschaftspolitische Kontext der neonazistischen Mordserie kommt nur am Rande vor und wird vornehmlich als Problem staatlicher Sicherheitsarchitektur diskutiert. Keine der in den vergangenen Wochen gestellten Fragen ist beantwortet. Doch dafür interessieren sich ohnehin nur eine Handvoll Expert_innen.

Sicherheitspolitische Verengung

Mit der Formel von der „Braunen Armee Fraktion“ schuf Der Spiegel einen wirkungsmächtigen Begriff. Er suggeriert, die illegal agierenden Neonazis hätten in einem rechtsterroristischen Nebenraum als isolierte Gruppe agiert, der mit dem sonstigen Rechtsextremismus nur wenig zu tun habe.

Dazu beigetragen haben jene fest verankerten Vorstellungen von Terrorismus, die ausschließlich an der Phänomenologie linksterroristischer oder islamistischer Gruppen orientiert sind. Deshalb wurde auch die Frage der fehlenden Bekennerschreiben zum zentralen Kriterium der politischen Kategorisierung der Taten. Dass es in der extremen Rechten eine lange Tradition bekennnisloser Gewaltakte gibt, bei denen allein auf die Wirkung der „Propaganda der Tat“ gesetzt wird, fand kaum Gehör.

Die rhetorische Trennung zwischen Rechtsextremismus und „Rechtsterrorismus“ als einem Bereich vorgeblich besonders extremer rechter Gewaltbereitschaft führt dazu, dass der Blick für den Kontext, in dem sich namentlich der ostdeutsche Rechtsextremismus entwickeln konnte, völlig verloren zu gehen droht: Die politische Sozialisation

der Jenaer Neonazis fiel in die Zeit massiver und gesellschaftlich wenig sanktionierter rassistischer Gewalt gegenüber Migrant_innen zu Beginn der 1990er Jahre. Diese Vorgeschichte unterliegt in der gegenwärtigen Debatte der Amnesie.

Ebenso unterbelichtet bleibt die Kontinuität neonazistischer Strukturen, die auf Personennetzwerken und ihren sozialen Resonanzräumen in den Regionen basieren. Ganz so als habe es die Skinheads Sächsische Schweiz, den Märkischen Heimatschutz oder die Pommersche Aktionsfront nie gegeben. Diese regionalen neonazistischen Kerne überdauerten als Milieu die letzten Jahre, wiewohl die Sicherheitsbehörden fortgesetzt nur von losen Gruppen sprechen mochten. Die Anwendung von Gewalt gegenüber politischen Gegner_innen ist in diesem Milieu nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Für informell-hierarchisch strukturierte Kameradschaften sind Organisationsnamen nur Nebensache. Entscheidend sind Personen, die aufgrund ihres langjährigen politischen Aktivismus exzellent vernetzt sind, Kampagnen planen und umsetzen, also die Motoren der neonazistischen Bewegung sind.

Debatten ohne Lerneffekte

In der Fixierung der politischen Debatte auf den sicherheitspolitischen Aspekt der Geschehnisse bleiben für die Opfer rechter Gewalt am Ende nur symbolische Gesten übrig. Das Argument, die Politik sei den Opfern ein NPD-Verbotsverfahren schuldig, geht stillschweigend über die Frage hinweg, was Politik und Gesellschaft ihnen in den zurückliegenden zwanzig Jahren zumeist schuldig blieb: Anerkennung.

Der Blick auf zurückliegende politisch-mediale Großdebatten zum Thema zeigt zudem, dass sie keine Lerneffekte hinterlassen. Es gibt kein öffentliches Gedächtnis für einmal medial aufbereitetes Wissen zum Thema. Am Ende bleiben nur jene Deutungsklišees abrufbar, die auch dieser Tage wieder hoch im Kurs stehen. Jenes etwa über die desorientierte Jugend im Plattenbau, die Wendewirren. (db)

Alltagsantisemitismus

Unabhängiger Expertenkreis legt im Auftrag des Bundestags Studie vor

„Eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland existiert nicht.“ Zu diesem alarmierenden Ergebnis kommt ein unabhängiger Expertenkreis in seinem 200 Seiten starken Bericht, der im November 2011 an den Deutschen Bundestag überreicht wurde.

Nicht nur eine Randerscheinung

Über zwei Jahre sichteten zehn Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen vorliegende Studien zum latenten Antisemitismus, analysierten Statistiken der Sicherheitsbehörden, gaben Expertisen in Auftrag und befragten Fachkräfte aus der Bildungsarbeit. Auf dieser Basis bietet der Bericht einen ausführlichen und präzisen Überblick zu den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus hierzulande.

Die Judenfeindlichkeit ist weiterhin für die extreme Rechte ein zentraler Bezugspunkt und Bestandteil der Ideologie. Neun von zehn antisemitisch motivierten Straftaten wurden von Angehörigen dieser Szene begangen. Der Bericht verweist zugleich darauf, dass Antisemitismus ein Phänomen der gesellschaftlichen Mitte ist. Dies belegen demoskopische Untersuchungen der letzten Jahre. Sie kommen übereinstimmend zu dem Schluss, dass rund 20 Prozent der Deutschen antisemitisch eingestellt sind.

Professor Wolfram Stender von der Fachhochschule Hannover befürchtet, „dass der sogenannte Alltagsantisemitismus vermutlich noch viel verbreiteter ist: tief in den Alltagskulturen verankerte antisemitische Stereotype, die nicht selten sogar bei dezidierten Anti-Antisemiten zu finden sind“. Der Rechtsextremismus finde hier einen gewaltigen gesellschaftlichen Resonanzboden, so die Einschätzung des Soziologen.

Die Mitglieder des Expertenkreises stellen einen grundlegenden Wandel im Umgang mit dem Antisemitismus fest: Durch die Erfahrungen der Shoah war der Antisemitismus nach 1945 in der deutschen Gesellschaft tabuisiert. Nun werde er immer stärker von einer Gewöhnung an antisemitische Phänomene im Alltag überlagert. Insbesondere angesichts der Entwicklungen im Nahen Osten

kämen ein israelbezogener Antisemitismus, genauso wie auch der sogenannte sekundäre Antisemitismus zum Vorschein. Letzterer speist sich aus der Abwehr gegen die Schuld an den Verbrechen, die Deutsche an Jüdinnen und Juden begingen.

Gegenmaßnahmen unzureichend

Auf diese „neuen“ Formen des Antisemitismus reagieren die gesellschaftlichen Institutionen nur unzureichend. „Im Schulbereich wird Antisemitismus nach wie vor vielfach ausschließlich im Kontext des Nationalsozialismus thematisiert“, kritisieren die Autor_innen. Lehrkräfte, Sozialpädagoge_innen und Übungsleiter_innen in Vereinen stehen jüdenfeindlichen Vorfällen oftmals hilflos gegenüber. Gezielte Fortbildungen und professionelle Unterstützung können helfen, die Sensibilität und Handlungssicherheit der Multiplikator_innen zu stärken.

Innovative Ansätze für eine antisemitismuskritische Bildungsarbeit wurden in den letzten zehn Jahren im Rahmen der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus entwickelt. Die Expert_innen kritisieren, dass die Vorgaben zur Kofinanzierung der Modellprojekte mit 50 Prozent zu hoch sind. Grundsätzlich ungeklärt ist die Frage, wie die pädagogischen Konzepte in die Regelförderung übernommen werden können. Dass das Bundesfamilienministerium bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Bundesprogramms einen Schwerpunkt auf Antisemitismus bei Migrant_innen gelegt hat, ist bisher empirisch nicht begründet.

Dies ist neben dem Alltagsantisemitismus eine der eklatanten Forschungslücken, auf die der Bericht hinweist. Diese Lücke müsse geschlossen werden, so Stender, denn nur so könnten wirkungsvolle gesellschaftliche Handlungsstrategien entwickelt werden. Dass es diese Strategie bisher nicht gibt, habe auch damit zu tun, „dass Antisemitismus vielfach noch immer nicht als eigenständiges, aktuelles Phänomen wahrgenommen wird“. Ein erster Schritt in diese Richtung kann Anfang 2012 folgen. Dann befasst sich der Bundestag mit dem Bericht.

(Thomas Weber)

Der Bericht des unabhängigen Expertenkreises ist auf der Webseite des Bundesinnenministeriums abrufbar: www.bmi.bund.de.

Literatur

Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus? Bonn 2004.

Stender, Wolfram u.a. (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, Wiesbaden 2010.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1 – 10, Frankfurt a. M. 2002-2011.

„Es fehlt an einer regionalen

Interview mit Swantje Tobiassen von der

Der demografische Wandel hat weitreichende Folgen für viele Gebiete in den neuen Bundesländern. Die Menschen zieht es vor allem in die Städte, der Weggang wird nicht mehr durch Geburten ausgeglichen. Viele Orte können mittlerweile strukturell als „ländlicher Raum“ bezeichnet werden. Bedingt durch diese Entwicklung und angesichts schwach entwickelter zivilgesellschaftlicher Strukturen und zunehmender rechtsextremer Tendenzen wird die demokratische Kultur im Alltag vor Ort vor etliche Herausforderungen gestellt. Welche Rolle Medien dabei spielen und welche diesbezüglichen Gegenstrategien notwendig sind, haben wir Swantje Tobiassen von der Amadeu Antonio Stiftung gefragt. Sie ist Leiterin des erst kürzlich begonnenen Modellprojekts „Inklusive Medien- und Kommunikationsstrategien im ländlichen Raum“.

Welche spezifischen Problemlagen lassen sich im ländlichen Raum ausmachen?

Zunehmend fehlt es an einer eigenen regionalen Öffentlichkeit. Institutionen wie Bürgermeisterämter, Kirchen und Schulen, die Gemeinsinn und Öffentlichkeit stiften und wichtige Ansprechpartner_innen vor Ort stellen, sind teilweise zugunsten von größeren Zusammenschlüssen aus Rationalisierungs- und Kostengründen abgeschafft worden. Ähnliches ist auch bei den Regionalteilen der Zeitungen zu beobachten. Regionale Berichterstattung findet immer weniger statt und die Menschen hören auf, Regionalzeitungen zu lesen. Die mediale Grundversorgung verlagert sich zunehmend auf das Internet. Da aber 50 Prozent der über 60-jährigen das Internet nicht nutzen, werden bestimmte Gruppen aus der bestehenden Öffentlichkeit ausgeschlossen und es kann von einer „digitalen Spaltung“ gesprochen werden. Auf dem Land fehlt zudem die flächendeckende Grundversorgung für Breitbandverbindungen und DSL.

Alle „Demokratieindikatoren“ zeigen für die ostdeutschen Bundesländer einen Negativtrend bei der Wahlbeteiligung und bei der Bereitschaft zu aktiver politischer Partizipation. Gibt es Ihrer Ansicht nach für diese Demokratieabstinentz spezifisch ostdeutsche Ursachen?

Es gibt generell einen Negativtrend bei der Wahlbeteiligung, das ist kein typisch ostdeutsches Phänomen. Jedoch gibt es in Ostdeutschland weniger Demokratieerfahrung als im Westen und eine demokratische Alltagskultur scheint noch nicht verankert zu sein. Ein ost- wie westdeutsches Phänomen ist es jedoch, dass demokratische Parteien vor Ort viel zu wenig Präsenz zeigen, zu Wahlkampfzeiten vor allem in den Städten plakativieren und den ländlichen Raum sich selbst überlassen. Diese entstandene Lücke wird von Neonazis, Populisten und selbsternannten „Bürgerbewegungen“ gefüllt, die sich als „Kümmerer“ und Ansprechpartner für die Leute vor Ort inszenieren.

Kann man diese Lücke wieder schließen?

Es gibt im ländlichen Raum durchaus Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. Jedoch ist dieses Engagement nicht unbedingt demokratisch. An dieser Stelle setzen die Projekte der Amadeu Antonio Stiftung an. Die Stiftung unterstützt und berät Initiativen dauerhaft, die sich gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus einsetzen und demokratische Strukturen vor Ort fördern. Das Projekt „Inklusive Medien- und Kommunikationsstrategien im ländlichen Raum“ will in Zusammenarbeit mit lokalen Kooperationspartner_innen der Demokratiedistanz auf den Grund gehen, um dieses Problem zu bearbeiten. Gerade Menschen in strukturschwachen ländlichen Regionen haben Bedarf an Austausch, Partizipation und demokratischer Teilhabe, sie fühlen sich durch die Zentren abgehängt. Angepasst an diese Bedürfnisse vor Ort sollen im Projekt innovative Medien-, Kommunikations- und Interaktionsstrategien entwickelt werden, um die demokratische Kultur vor Ort zu stärken.

Bei einem Blick auf die Landkarte der NPD-Stimmenanteile oder bei der Verteilung rechter oder rassistischer Vorfälle zeigt sich oftmals ein Zusammenhang mit strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland. Wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

Der demografische Wandel zeigt sich in strukturschwachen Regionen besonders stark. Gut ausgebildete, junge Menschen – insbesondere Frauen

Öffentlichkeit.“

Amadeu Antonio Stiftung.

– wandern ab, zurück bleiben ältere Menschen und schlecht ausgebildete junge Männer. Es entsteht das Gefühl, dass sich keiner so richtig interessiert oder kümmert. In diesen Regionen werden die Menschen „vergessen“, sie können nicht teilhaben und leiden an Anerkennung. Menschen vor Ort werden oftmals nicht nach ihren Bedürfnissen gefragt. Somit haben es Neonazis besonders leicht sich als die netten Mitbürger zu inszenieren, die sich engagieren und einsetzen, die die Menschen mit Zeitungen, den sogenannten Boten, und rechten Flyern versorgen. Die NPD ist in diesen Regionen eine etablierte Partei, und selbst wenn jemand nicht die Meinung der NPD vertritt, scheint sie doch für viele eine ganz normale Partei zu sein, die „dazugehört“.

Ihr Modellprojekt nähert sich der Auseinandersetzung mit dem Thema auf mediale und kommunikative Art und Weise. Welche darauf basierenden Gegenstrategien sind Ihrer Meinung nach Erfolg versprechend? Was sind hierbei die Bedingungen und Herausforderungen?

Wir haben einen dreiteiligen Ansatz: Wir werden Wege gehen, die es in ähnlicher Form schon gab, wie das Medium Bürgerzeitung. Wir haben darüber hinaus einen sehr künstlerischen Ansatz, nämlich die Form des Theaters im öffentlichen Raum, das ganz neue Interaktions- und Kommunikationsformen ermöglicht. Des Weiteren wollen wir gemeinsam mit Tageszeitungen und Verlagen herausfinden, wie mit dem „Zeitungssterben“ im ländlichen Raum umgegangen werden kann und wo es Synergieeffekte gibt, um die lokalen Bedürfnisse wieder stärker zu befriedigen.

Können Sie Beispiele geben?

In Zossen, einer Kleinstadt in Brandenburg, werden wir Aktionen auf dem „Kraut- und Rübenmarkt“ planen, ein regionaler Markt auf dem Bauern ihre Ware anbieten, aber auch Aktionsbündnisse Stände haben. Die Menschen kommen aus unterschiedlichsten Beweggründen auf den Markt. Dieser Rahmen bietet die Chance, mit sehr vielen Menschen ins Gespräch zu kommen und sie in Aktionen einzubeziehen. Wir sind

der Auffassung, dass gerade regelmäßige Anlässe und Rituale wichtig sind, um Nachhaltigkeit zu schaffen.

In Fahrenwalde, einer kleinen Gemeinde in Mecklenburg-Vorpommern, planen wir Interviews mit Menschen aus der Region, in denen sie zu ihren Sehnsüchten und Bedarfen befragt werden. Aus diesen Interviews werden ein Hörspiel und verschiedene kleine Theaterstücke entstehen. Auf einer Bustour durch die Region mit Interviewteilnehmer_innen und Interessierten wird das Hörspiel laufen und an unterschiedlichen Stationen Theater gespielt. Über diese Aktionen und der Auseinandersetzung mit dem, was die Menschen in den Interviews gesagt haben, können Gespräche entstehen, Gemeinsamkeiten entdeckt und so eine Kommunikationsplattform geschaffen werden.

Was ist für den Erfolg des Projekts wichtig?

Für den Erfolg des Projekts wird es wichtig sein, bestehende lokale Strukturen wie Vereine und Verbände, die als Multiplikatoren und Ansprechpartner dienen, einzubeziehen.

Es ist wichtig den Menschen vor Ort zu zeigen, dass sie nicht nur befragt werden, sondern dass mit den von ihnen gegebenen Informationen umgegangen und gearbeitet wird, dass sie gehört werden und etwas bewegen können.

Vielen Dank!

Buchtipps:

Links, Christoph/Volke, Kristina (Hrsg.): *Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland.* Berlin 2009.

Lachmann, Günther: *Von Not nach Elend: Eine Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen.* München 2008.

Gensicke, Thomas/Olk, Thomas/Reim, Daphne/Schmithals, Jenny (Hrsg.): *Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland: Quantitative und qualitative Befunde.* Wiesbaden 2009.
Roth, Roland: *Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation.* Hamburg 2010.

Mehr als ein Pressespiegel aus rechtsextremer Sicht

Die Internetplattform Altermedia spielt eine große Rolle im Netz der „Freien Kräfte“

Der virtuelle Raum des Internets bietet Neonazis zahlreiche Möglichkeiten, mit vergleichsweise wenig Aufwand rassistische und antisemitische Inhalte an ein großes Publikum zu vermitteln, ohne juristisch dafür belangt zu werden. Daher verwundert es auch nicht, dass im letzten Jahrzehnt ein rapider Anstieg rechtsextremer Homepages zu verzeichnen war. (1) Das „Angebot“ ist ebenso vielfältig wie der heterogene braune Sumpf aus rechtsextremen Parteien, Kameradschaften, Geschichtsrevisoren_innen, Autonomen Nationalist_innen und Anderen.

Exzessive Nutzung des Internets

Neben den offiziellen Webauftritten der unterschiedlichen rechtsextremen Gruppen floriert im Internet der Versandhandel von rechter Musik jeglicher Couleur und neonazistischen Devotionalien. Hinzu kommen persönliche Blogs, Foren, zahlreiche Nachrichtenformate, Informationsportale und die Agitation in sozialen Netzwerken wie Facebook, Myspace oder Studi- und SchülerVz. Allerdings dürfte für die rechtsextreme Szene keine Homepage eine solch herausragende Bedeutung haben wie das selbst ernannte Nachrichten- und Informationsnetzwerk Altermedia.

Altermedia ist eine internationale Plattform von und für Neonazis und Antisemit_innen und besteht aus insgesamt 24 länderspezifischen Varianten. (2) Der deutsche Ableger des Netzwerkes ging 2003 unter dem Namen Altermedia-Deutschland-Störtebecker-Netz online. Das Störtebecker-Netz existierte bereits seit 1997 und kann als die Vorgängerversion der deutschen Altermedia-Variante bezeichnet werden.

Schirmherr des deutschen Altermedia-Netzwerkes ist der Neonazi und Antisemit Axel Möller aus Stralsund, der seit 1992 in der rechten Szene aktiv ist. Zunächst trat Möller der DVU, später den Republikanern und letztlich der NPD bei. Doch auch hier überwarf er sich mit führenden Parteikadern und verließ die Partei. Seitdem bezeichnet sich Möller als „Freier Nationalist“.

Sein Vorstrafenregister lässt einige Rückschlüsse auf die Inhalte von Altermedia zu. Bereits 1999 wurde Möller wegen der Verbreitung antisemitischer Hetze in Internetforen zu einer Geldstrafe verurteilt. 2002 folgte ein halbes Jahr auf Bewährung für die Leugnung des Holocaust. Lange Zeit galt es als offenes Geheimnis, dass Möller die deutsche Variante von Altermedia betreibt. Seine redaktionelle Verantwortlichkeit konnte aber erst im März 2010 bewiesen werden. Das Amtsgericht Stralsund verurteilte ihn daraufhin unter anderem wegen Volksverhetzung in zehn Fällen zu einer Geldstrafe von 3.000 Euro.

Man wähnt sich umgeben von Feinden

Der deutsche Webauftritt von Altermedia gibt sich radikal antisemitisch, neonationalsozialistisch, fremdenfeindlich und rassistisch. Dabei werden sowohl eigene Texte und Kommentare zum tagespolitischen Geschehen produziert, als auch Nachrichten aus großen Tageszeitungen übernommen und im Sinne einer rechtsextremistischen Weltanschauung kommentiert und umgedeutet. Die Autor_innen vermitteln ihre Propaganda stets als die „universelle Wahrheit“, die in den Mainstreammedien unterdrückt werde.

Dabei offenbaren sie immer wieder ihre massiv antisemitischen und mitunter verschwörungstheoretischen Einstellungen: Mal seien die Medien vom Mossad, mal von den USA, mal von „Linksextremisten“ und mal von der Regierung kontrolliert. Auf jeden Fall seien sie nie „frei“, wes-

wegen die Altermedia-Autor_innen ihre Arbeit zur unersetzbaren Aufgabe im Dienste der Wahrheit und der „nationalen Sache“ stilisieren. Letztlich geht es ihnen darum, der „Lügenpresse“ eine vermeintliche Gegenöffentlichkeit aus rechtsextremer Sicht entgegen zu setzen.

Forum und Sprachrohr der Freien Kräfte

Eine zentrale Bedeutung in der Berichterstattung nimmt die Hetze gegen die als politischen Feind identifizierten Personengruppen ein. Dabei tritt die gesamte Palette menschenverachtender Ideologien zu Tage. Es wird gegen alles gehetzt, was nicht in das Bierdeckelweltbild der Rechtsextremisten passt. So werden Homosexuelle, Jüdinnen und Juden, Journalist_innen, Politiker_innen, Linke, Obdachlose sowie People of Color (3) diffamiert und auf zutiefst menschenverachtende Art und Weise angefeindet. Obwohl diese Art der Hetze zum Alltag auf Altermedia gehört, folgte ein medialer Aufschrei erst nach der Veröffentlichung von Porträtfotos und einem Mordaufruf an Politiker_innen und zur Gewalt gegen Journalist_innen, die für ihre kritische Berichterstattung über die rechte Szene bekannt sind.

Der beschriebene Inhalt der Plattform und ihre kritische Distanz zur NPD lassen vermuten, dass die Nutzer_innen vor allem der militanten Szene aus „Freien Kräften“ zuzurechnen sind. Dennoch nimmt Altermedia aufgrund seiner hohen Aktualität und der Vielzahl der veröffentlichten Kommentare (4) für Rechtsextreme jeglicher Couleur die Funktion eines ihrer Ideologie entsprechenden Pressespiegels ein. Denn neben der menschenverachtenden Hetze gegen alles „Fremde“ erscheinen auf Altermedia Artikel zum tagespolitischen Geschehen, zu Demonstrationen und zur rechtsextremen Parteienlandschaft. Zudem enthält die Homepage auch Nachrichten aus der internationalen rechtsextremen Szene.

Trotz allem ist Altermedia in der Szene nicht unumstritten. Grund dafür ist im Wesentlichen die kritische Berichterstattung über die NPD, wobei immer wieder szeninterne Konflikte öffentlich gemacht und von der „Schriftleitung“ hämisch kommentiert werden. (5) Der Hauptvorwurf lautet stets, dass sich eine „nationale Revolution“ nicht auf demokratischem Wege erzielen lasse. Auch hier zeigt sich erneut das erschreckende

Maß an Radikalität und Gewaltaffinität der Betreiber_innen. Das erklärt auch die Popularität der Homepage unter den Freien Kameradschaften, denen die NPD zu bürgerlich ist. Aktuell hat sich die Beziehung zwischen NPD und Altermedia aber entspannt.

Juristisch wird Altermedia nicht beizukommen sein

Innerhalb des letzten Jahres wurde der juristische Druck auf Altermedia erhöht. Die Rostocker Staatsanwaltschaft eröffnete im Juni 2010 ein 50 Straftaten umfassendes Sammelverfahren gegen die Altermedia Deutschland-Betreiber Axel Möller und Robert Rupprecht unter anderem wegen Volksverhetzung, Beleidigung und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Aufgrund der erdrückenden Beweislast wurde Rupprecht zu zwei Jahren und drei Monaten und Möller zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Während sich Rupprecht als Aussteiger präsentierte, der angeblich jegliche Kontakte zur Szene abgebrochen haben will, nutzte Möller den Prozess für seine persönliche Propagandashow. Sein Geständnis wollte er nicht als Schuldeingeständnis gewertet wissen, sondern „als ein Bekenntnis – und ich darf sagen – sogar noch ein sehr stolzes“. Insofern sehe er seine Verurteilung weniger als Strafe an, „sondern eher als eine Art von etwas anderem Pulitzer-Preis“.

Nach der Urteilverkündung war Altermedia kurzzeitig nicht zu erreichen. Mittlerweile ist die Homepage wieder online und wird täglich mit neuen Artikeln und Kommentaren bestückt. Gegenüber dem NPD-Parteiorgan Deutsche Stimme betonte Axel Möller, dass die Plattform auch während seiner Zeit in Haft auf jeden Fall weiter existieren wird. Es dürfte also weiterhin nötig sein, das Treiben auf Altermedia zu beobachten und den zukünftigen Betreibern ihr Handwerk zu legen. Eine Schließung der Homepage ist aus rechtlicher Sicht nicht möglich. Die Seite ist – wie so häufig – auf einem rechtsextremen Server in den USA gehostet und unterliegt damit nicht der deutschen Gerichtsbarkeit. (ms)

(3) People of Color ist eine Selbstbezeichnung von Menschen, die aufgrund ihres Äußeren in einer mehrheitlich weißen Gesellschaft mit unterschiedlichsten Formen des Rassismus konfrontiert werden.

(4) Altermedia dient nicht nur als wichtige Informations-, sondern auch als Diskussionsplattform. In der rege genutzten Kommentarfunktion sind mehrere Hundert Beiträge zu einem bestimmten Thema keine Seltenheit, wobei auch die Nutzerkommentare in den allermeisten Fällen vor menschenverachtender Propaganda strotzen.

(5) Aufgrund der offen ausgelebten Grabenkämpfe und der Veröffentlichung von Parteinterne beklagte der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel Ende 2008 die „Desinformations-, Verleumdungs- und Spaltungsversuche“ Altermedias. Die Homepage selbst bezeichnete er als „Dreckschleuder“.

Weiterführende Informationen: Interview mit Patrick Gensing (ehemals NPD-Info-Blog, jetzt publikative.org) über den Altermedia-Prozess: <http://www.freie-radios.net/43856>

Wiederer, Ralf: Die virtuelle Vernetzung des internationalen Rechtsextremismus, Freiburg i Br. 2006.

Fromm, Rainer/ Kernbach, Barbara: Rechtsextremismus im Internet, München 2001.

Computer, Foto, Kamera & Co.

Der Einsatz von Medien in der Jugendbildungsarbeit

Medien sind wichtig. Auch und gerade in der Bildungsarbeit mit jungen Menschen. Medienkompetenz als Basis- und Schlüsselqualifikation ist in unserer Informationsgesellschaft nicht mehr wegzudenken. In der Nutzung (oder Konsumierung) von Medien sind die meisten Jugendlichen inzwischen der Elterngeneration weit voraus. Allgegenwärtig und nahezu immer zur Verfügung dank der neuen Technik sind Internet, Facebook und Co. – und werden fast ebenso oft von Jugendlichen genutzt.

Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation

Bildungsprojekte mit partizipatorischem Anspruch, die auf Mündigkeit und Urteilskompetenz der Zielgruppe ausgerichtet sind, nehmen ihre Teilnehmenden vor dem Hintergrund ihrer Lebensgeschichte und ihren Erfahrungen als subjektiv Handelnde, sich selbst bewusster und selbstbestimmungsfähiger Subjekte wahr. Dazu ist eine lebensweltliche, handlungs-, interessen- und ressourcenorientierte Vorgehensweise notwendig, die auch die Mediennutzung einschließt und vor diesem Hintergrund geradezu unentbehrlich macht.

Nicht das Konsumieren steht im Mittelpunkt der Bildungsprojekte von *Miteinander e. V.*, sondern der aktive, kreative und reflexive Umgang mit verschiedenen Medien als Methode und Weg der intensiven Auseinandersetzung mit eigenen Themen und Konflikten.

Zur Medienkompetenz gehört nicht nur die Nutzung verschiedener Medien, sondern auch die Fähigkeit, analytisch gesellschaftliche Prozesse angemessen zu erfassen, dieses Wissen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse zu reflektieren und auf das Handeln zu übertragen – in einer sozial verantwortlichen und ethischen Weise. Daher reicht es nicht – wie häufig zu beobachten – (neue) Medien wie Computer (-spiele), Internet etc. lediglich zur Verfügung zu stellen und zu glauben, dass durch das bloße Bedienen und Spielen eine Medienkompetenz erworben werden kann. Auch wenn Pädagog_innen selbst gelegentlich diese Medien nicht im gleichen

Maße wie die Jugendlichen nutzen und beherrschen, sollten sie dennoch über eine gute Portion analytischen, reflektierten und ethischen Wissens verfügen und dieses – als bedeutenden Part der Kompetenz – weitergeben!

Kritisch wird der Einsatz von Medien dann, wenn Jugendliche in Bildungszusammenhängen durch die Nutzung und Konsum von Computer(-spielen) und Filmen „ruhig gestellt“ werden sollen – sie also einen Ersatz für das Fehlen persönlicher Betreuung, eines emotional getragenen Beziehungsgefüges oder einer Auseinandersetzung darstellen.

Wie alles begann – Praxiserfahrungen

Irgendwann in der praktischen Arbeit – besonders mit sogenannten bildungsfernen Jugendlichen – war ein Punkt erreicht, an dem das Team mit den „herkömmlichen“ eher kognitiven Methoden an seine Grenzen stieß. Auf der Suche nach Lösungen wurde eher zufällig der Einsatz einer (Video-)Kamera geplant – mit umwerfenden und für das Team unerwarteten Erfolgen, wie folgendes Praxisbeispiel zeigt:

„Den Teilnehmenden fiel es zu Beginn recht schwer, sich auf ein gemeinsames Arbeiten ohne Sanktionen einzulassen. Dies war offensichtlich sehr ungewohnt und erzeugte Ängste, die mit Verweigerung oder verbalen Ausbrüchen offen gezeigt wurden. Einer der Jugendlichen fiel von Beginn der Projektarbeit durch extrem störendes Verhalten auf. Er war offensichtlich überfordert mit dem Angebot und Formen freien Arbeitens. Zunächst herrschte Ratlosigkeit, wie es gelingen sollte, diesen Jugendlichen einzubinden. Der Zufall kam zu Hilfe. Um ihn zu integrieren und an der Arbeit teilhaben zu lassen, wurde im Prozess entschieden, ihm eine Kamera in die Hand zu geben, um ihn filmen zu lassen. So konnte er aktiv am Geschehen teilhaben, ohne sich zu sehr auf den Workshop einlassen zu müssen. Durch die Anwesenheit der Kamera veränderten sich seine Bereitschaft zur Mitarbeit und die der Gruppe enorm. Besonders die Tatsache, dass eine Kamera lief, setzte in den

Teilnehmenden ungeahnte Potenziale frei. Übungen, die sonst nur zäh und schwierig in der Durchführung waren, liefen plötzlich viel besser. Interviews wurden geplant und durchgeführt. Eine Auseinandersetzung und Bearbeitung auch schwieriger Themen wurde plötzlich möglich. Der ‚Störer‘ erschloss sich selbst damit einen neuen, sinnvollen Aufgabenbereich im Projekt und entdeckte ganz nebenbei neue konstruktive und kreative Fähigkeiten und Interessen an sich.“

Der gezielte Ausbau der Mediennutzung

Auf dieser Erfahrung aufbauend, wurde der Einsatz unterschiedlichster Medien in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen weiter entwickelt und verfeinert. Besonders längerfristige Bildungsarbeit bietet sich für einen gezielten Einsatz von Medien an. In den Projekten bleibt genug Zeit, um gemeinsam mit den Jugendlichen die handwerklichen Voraussetzungen zu erarbeiten, die notwendig sind, um zu einem ansprechenden und professionellen Ergebnis zu gelangen, auf das die Teilnehmenden zu recht stolz sein können. Dies setzt eine Einbindung von Fachkräften in das Projekt voraus, die die Jugendlichen ermuntern, unter fachlicher Anleitung eigene Ideen kreativ umzusetzen.

„Ein Bild sagt mehr als 1.000 Worte.“ Damit bietet das Foto einen Raum für Inspiration und sehr unterschiedliche Interpretationen, die gleichberechtigt nebeneinanderstehen können. Ein Einsatz von Fotos in der Bildungsarbeit (ob selbst fotografiert oder nicht) ermöglicht eine kreative Annäherung an das zu bearbeitende Thema und bietet die Möglichkeiten, eigene Sichtweisen einzubringen, eigene Konflikte über das Medium Foto zu zeigen (und zu bearbeiten), ohne dass es zu nah an der eigenen Person ist. Nicht zuletzt ist es eine gute Möglichkeit, Projektergebnisse zum Beispiel in Form einer Vernissage zu präsentieren.

Der Einsatz von filmischen Erzeugnissen in der Bildungsarbeit ist vielfältig und reicht von der Nutzung von Spielfilmen als Mittel der Inspiration, Schaffung von Motivation und Einführung in das jeweilige Thema bis hin zur selbstständigen Erstellung eigener Kurzfilme bzw. Dokumentationen. Das in Bildungsprojekten z.T. von den Teilnehmenden selbst angefertigte Filmmaterial kann sowohl zur Dokumentation nach

innen als auch nach außen Sinn bringend genutzt werden. Besonders in Projekten mit theater- und kulturpädagogischer Ausrichtung nutzt der Verein dieses Material, da es erlaubt, Zusammenhänge und Erkenntnisse ohne vieles „Gerede“ und Erklärungen verständlich zu machen und für die weitere Auseinandersetzung zu nutzen. Die Dokumentation nach außen ermöglicht, Ideen des Projektes für die weitere pädagogische Arbeit zu nutzen und Eindrücke und methodische Ansätze der Projektarbeit als Inspiration an Interessierte weiterzugeben.

Besonderen Wert in der Bildungsarbeit legt der Verein darauf, den Teilnehmenden nach Projektende das entstandene Produkt feierlich zu überreichen: z. B. in Form einer Foto-CD oder einer DVD, auf das sie in aller Regel sehr stolz sind. Dieses Material hilft besonders sogenannten „bildungsfernen“ Jugendlichen, im Familien- und Freundeskreis positive Anerkennung zu erfahren und dient als Ansporn, die Veränderungs-ideen auch nach Projektende in die Praxis umzusetzen. Voraussetzung dafür ist eine gute Qualität der entstandenen Produkte. Außerdem ermöglicht ein filmisches Produkt den Teilnehmenden, ihr Arbeitsergebnis und für sie wichtige Themen öffentlich zu präsentieren, ohne selbst direkt „im Rampenlicht“ zu stehen.

Ein Augenmerk der Projektarbeit liegt auf der gemeinsamen Erstellung aller für das Projekt und die Projektpräsentation wichtiger und notwendiger Materialien: ein Plakat, ein Flyer, grafisch gestaltet und entworfen; das Programmheft mit Text, Pressemitteilungen, Radiospots, manchmal auch Interviews. Selbst für das Projektgelingen (mit-)verantwortlich zu sein und zu erfahren, wie aufwendig oder auch schwierig dies sein kann, aber auch wie kreativ man sich einbringen und dabei etwas für sich selbst bewegen kann, sind dabei wichtige Lernziele. (rm)



Das Beispiel Kopp Verlag

Ein Medienunternehmen am rechten Rand

Bereits seit mehreren Jahren brüstet sich der Kopp Verlag damit „Informationen, die Ihnen die Augen öffnen“, zugänglich zu machen. Bei diesen „Informationen“ handelt es sich jedoch um Verschwörungstheorien und esoterische Wahnvorstellungen aus der rechten Ecke. Eine neu erschienene Broschüre will über den Verlag aufklären.

Auf 24 Seiten zeichnen die Autor_innen der AG Entschwörung einen Querschnitt durch das zum Teil hochproblematische Angebot des expandierenden Rottenburger Unternehmens von Gründer und Geschäftsführer Jochen Kopp. Das Angebot des Kopp Verlages umfasst ein breites Spektrum an Büchern und DVDs sowie eigenen redaktionellen Nachrichten und Enthüllungsbeiträgen in Form von Videoclips („KOPP Nachrichten“) oder Onlineartikeln.

Florierende Geschäfte mit pseudowissenschaftlicher Literatur

Kerngeschäft des Verlages ist neben reißerischen Publikationen zu historischen und politischen Themen pseudowissenschaftliche Literatur zu Ufo-Forschung und Esoterik mit verschwörungstheoretischen Erklärungen. Was der Slogan des Verlages – „Bücher, die Ihnen die Augen öffnen“ – konkret bedeutet, zeigen die Autor_innen der Broschüre auf. Exemplarisch werden dazu Werke aus dem Verlagsangebot sowie einige seiner Autor_innen unter die Lupe genommen.

Wie stark rassistisch einige der Veröffentlichungen aus dem Hause Kopp sind, zeigen die Autor_innen der Broschüre anhand des wohl prominentesten Buches des Verlages „Vorsicht Bürgerkrieg“. Verfasser ist der rechte Publizist Udo Ulfkotte. Anhand zahlreicher Zitate wird dargestellt, wie der Kopp Verlag mit dem Schüren von Ängsten und Rassismus seine Umsätze ankurbelt.

Ulf Kotte, der im NPD-Duktus „Rückführungsbeauftragte“ statt „sogenannte Integrationsbeauftragte“ für arbeitslose Migrant_innen fordert, wittert vor allem in westdeutschen Großstädten bürgerkriegsförmige ethnische Konflikte und agitiert gegen eine „schleichende Islamisierung“ Deutschlands. Die Autor_innen der Broschüre zitieren aus Ulf Kottes Werk: „Denn auch die neu-

esten Zuchtversuche einer neuen Menschenrasse – des Multikulti-Primaten – führen geradezu in den Untergang. Das schlimmste Ergebnis der Multikulti-Primaten-Zucht sind immer mehr multikriminelle Primaten, die immer brutaler Unruhe in die Bevölkerung bringen.“ (1)

Weiteres prominentes Zugpferd des Kopp Verlages ist die ehemalige Sprecherin der ARD-Tageschau Eva Hermann. Ihr wurde einst aufgrund von Aussagen zur Mutterrolle im NS gekündigt. Im Kopp Verlag kann sie nun für ihr antiquiertes Frauenbild werben, publizistisch gegen „Emanzen und Feministinnen“ sowie gegen „political correctness“ wettern und das „Aussterben der Deutschen“ beklagen. In Onlinevideoclips, die stilistisch der Tagesschau nachempfunden sind, moderiert Hermann die KOPP Nachrichten. Sie bestehen aus Beiträgen, die inhaltlich zum Spektrum des Verlages passen. Diese teils verschwörungstheoretischen Videoclips erfreuen sich dementsprechend auch in der Neonaziszene großer Beliebtheit. Einige Ausgaben der KOPP Nachrichten wurden auf dem Nazi-Internetportal Altermedia verlinkt.

Rechtseoterischer Verlag mit enormer Reichweite

Weiterhin geben die Autor_innen der Broschüre Beispiele für islamophoben Rassismus, Antifeminismus und rechte Topoi wie Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und extrem rechte Verschwörungstheorien. Im Sortiment sind Werke, die hinter dem Tod Jörg Haiders ein Mordkomplott sehen, sowie ein Buch zu sogenannten Reichsflugscheiben aus der Waffenschmiede der Nazis.

Treffend kommen die Autor_innen der Broschüre zu dem Fazit: „Im Gegensatz zu eindeutig neonazistischen Verlagen, die meist isoliert und auch sehr klein sind, gelingt es dem KOPP Verlag als rechtseoterischen Verlag mehrere Hunderttausende von Menschen mit frauenfeindlicher und rassistischer Hetze und reaktionärer Irreführung in Buch- und Online-Format zu erreichen.“ (mab)

Frei sein

Neue Dokumentation von Miteinander e. V.

Die Broschüre „Frei sein – Eine theatrale Recherche mit jungen Erwachsenen und jugendlichen Freigängern“ dokumentiert das gleichnamige Projekt. Die Idee hierzu entstand in Zusammenarbeit von Miteinander e. V. und der Initiative TheaterDialog und wurde zwischen August und November 2010 realisiert. Hintergrund waren die (Vor-)Arbeiten und Erfahrungen einer Gruppe von Freigänger_innen aus Buenos Aires. Sie waren für die Durchführung des Projektes in Halle Impuls und Inspiration zugleich.

Was bedeutet frei sein? Wann sind wir eigentlich frei – und wann nicht? Wie riecht frei sein,



oder wie klingt es? Ziel des Projektes war die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema „frei sein“ innerhalb eines demokratisch-emanzipatorischen Prozesses. Eine bunt gemischte Gruppe – bestehend aus Insassen des offenen Vollzugs der Jugendanstalt Raßnitz und jungen Menschen aus Halle – konnte sich für diese Idee begeistern und schritt zur Tat.

Zunächst stand die Beschäftigung mit der eigenen Person im Vordergrund. Hierbei wurde die Frage „Was verbinde ich mit ‚frei sein‘?“ auf verschiedenen Wegen erörtert. Anschließend wurden Beobachtungen und Erfahrungen im öffentlichen Raum gesammelt und dokumentiert. In Kleingruppen fertigten die Jugendlichen Fotos, Interviewsequenzen und Videoperformances an, um die Ergebnisse später künstlerisch aufzuarbeiten. Unterstützung und Anregungen bekamen sie dabei von einem Projektteam, bestehend aus zwei Theaterpädagog_innen und zwei Fachkräften für Film-/Videokunst bzw. (Licht-)Technik.

Die Broschüre versteht sich als eine Projektdokumentation und gibt neben der Präsentation von ausgewählten Projektergebnissen – wie Bilder, Videos, Texte und Fotografien – einen Überblick über Hintergründe, angewandte Methoden und einzelne Phasen des Projektes. (kl)

Zur Broschüre:
Miteinander e. V. (Hrsg.): FREI SEIN – Recherche mit jungen Erwachsenen und jugendlichen Freigängern. , Halle (Saale) 2011. Die Dokumentation wurde gefördert von Fonds Soziokultur e. V.

Die Broschüre kann über die Website www.miteinander-ev.de bzw. direkt bei der Geschäftsstelle gegen eine Versandkostenpauschale von drei Euro (bis sieben Exemplare) bzw. sechs Euro (bis 15 Exemplare) bestellt werden.

Miteinander e. V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
net.gs@miteinander-ev.de

Versandkosten für größere Mengen erfragen Sie bitte in der Geschäftsstelle.

TheaterDialog ist ein Zusammenschluss von Theatermacher_innen. Mehr dazu unter: www.domino-x.de/theaterdialog/

Spendenaufruf

Bitte unterstützen Sie mit einer Spende unsere Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus! Alle Spenden kommen direkt der Arbeit des Vereins zugute. Spenden Sie auf das rechts angegebene Vereinskonto.

Möchten Sie mit Ihrer Spende gezielt ein Jugendprojekt, ein Schulprojekt, ein Geschichtsprojekt oder den Opferfonds unterstützen? Sprechen Sie uns an und wählen

Sie eines der Miteinander-Projekte aus! (Kontakt über die Geschäftsstelle)

Der Verein ist gemeinnützig und Ihre Spende steuerlich absetzbar. Die ordnungsgemäße Verwendung aller Mittel wird durch die Kassenprüfer_innen des Vereins und ein Steuerbüro kontrolliert. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, teilen Sie uns bitte Ihre Anschrift mit.

Miteinander e.V.
Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto: 8473400
BLZ: 810 205 00

(1) Ulfkotte, Udo: Vorsicht Bürgerkrieg, Rottenburg 2009, S.155.

Die Broschüre „Kopp Verlag: Quatsch mit brauner Soße“ kann im Internet unter <http://agentschwoerung.wordpress.com> heruntergeladen werden.



Miteinander e.V.

Leitbild

Der gemeinnützige Verein *Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.* setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur_innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und (Jugend-) Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur_innen sowie der parteilichen Opferberatung.

Struktur

Mitglieder des Vereins sind derzeit neun Institutionen sowie ca. 50 Privatpersonen. Der Verein beschäftigt gegenwärtig 27 hauptamtliche Mitarbeiter/innen in den drei Regionalen Zentren Magdeburg, Salzwedel und Halle/Saale. *Miteinander e.V.* ist zudem Träger mehrerer Bundesprojekte u.a. der *Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt*, der *Arbeitsstelle Rechtsextremismus*, der *Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus*, Träger der Modellprojekte *Bühne frei für Respekt* und *Horizont 21* sowie zweier Koordinierungsstellen für Lokale Aktionspläne. Dem Vorstand gehören Hans-Jochen Tschiche (Vorsitzender), Anke Lohmann, Prof. Wolfram Stender, Holger Hövelmann und Curt Stauss an.

Anerkennung unserer Arbeit

Am 14. September 2003 wurde *Miteinander e.V.* mit dem „Julius-Rumpf-Preis“ der Martin-Niemöller-Stiftung ausgezeichnet. Pfarrer Julius Rumpf (1874-1948) war Weggefährte von Martin Niemöller und Mitglied der Bekennenden Kirche. Mit dem Preis werden jährlich Einzelpersonen und Gruppen ausgezeichnet, die „in sinnvollen Projekten Strukturen der Toleranz und der gewaltfreien Konfliktlösung, der Mitmenschlichkeit und der Versöhnung“ aufbauen. Darüber hinaus wurden Einzelprojekte von *Miteinander e.V.* mit dem „Einheitspreis“ (2007) und bereits dreimal mit dem Preis des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet.

Impressum newsletter # 34

Herausgeber:
*Miteinander – Netzwerk für
Demokratie und Weltoffenheit
in Sachsen-Anhalt e.V.*

Redaktion:
Pascal Begrich (V.i.S.d.P.)
Michael Barthel
Stefan Bruskowski
Martin Beck

Autor_innen:
Michael Barthel (mib)
Martin Burgdorf (mab)
David Begrich (db)
Stefan Bruskowski (sb)
Kathrin Lau (kl)
Ricarda Milke (rm)
Marius Sängler (ms)
Thomas Weber

Auflage: 700

Kontaktadressen

Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.
www.miteinander-ev.de

Geschäftsstelle
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 620773
Fax: (0391) 6207740
net.gs@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Nord
Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 306430
Fax: (03901) 306432
net.rzn@miteinander-ev.de

Regionales Zentrum Süd
Platanenstr. 9
06114 Halle/Saale
Tel.: (0345) 2266450
Fax: (0345) 2267101
net.rzs@miteinander-ev.de

Gefördert im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und „Xenos – Integration und Vielfalt“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, durch den Europäischen Sozialfonds sowie durch Mittel des Ministeriums für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.